



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

**PM: Wohnkosten von Studierenden alarmierend -
Bundesstudierendenvertretung fordert sofortige Maßnahmen
gegen studentische Wohnungsnot**

Berlin, 19.09.2026

Zum anstehenden Beginn des Wintersemesters 2026/27 veröffentlicht das Moses Mendelssohn Institut (MMI) neue Zahlen zur Wohnsituation von Studierenden. Demnach bleibt der durchschnittliche Preis für ein WG-Zimmer mit 510 € weitgehend stabil und damit weiterhin zu hoch. Gleichzeitig verschärfen sich jedoch die regionalen Unterschiede. Während Studierende an einigen Hochschulstandorten noch vergleichsweise günstig wohnen können, sind die Kosten an anderen Standorten deutlich höher. Damit wird die Wahl des Studienstandorts zunehmend zur sozialen Frage.

Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V., die bundesweite Studierendenvertretung, kritisiert fehlende Maßnahmen und fordert die Bundes- und Landesregierungen zum Handeln auf.

„Die aktuellen Zahlen des MMI sind besorgniserregend. Dass der bundesweite Durchschnitt stabil bleibt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Situation vieler Studierender weiter verschärft. Immer weniger Studierende wohnen im preislichen Mittelfeld und die Unterschiede werden größer, was die Wahl des Studienstandortes und somit auch des Studiengangs von der sozialen Herkunft abhängig macht. Es braucht endlich Maßnahmen, die bezahlbares Wohnen für Studierende sicherstellen und verhindern, dass steigende Mieten den Zugang zu Hochschulbildung einschränken“, so Rahel Schüssler, fzs-Referentin für BAföG und studentisches Wohnen.

„Die Wohnkostenpauschale im BAföG beträgt in diesem Semester weiterhin 380 €, diese soll nach aktuellem Gesetzesentwurf erst zum nächsten Sommersemester auf 440 € angepasst werden. Dass die Bundesregierung trotzdem daran festhält, die Wohnkostenpauschale erst zum Sommersemester anzupassen, verkennt die Lebensrealität der Studierenden. Wer in München, Berlin, Köln oder anderen Großstädten studiert, kann mit dieser Pauschale nur einen Bruchteil der Miete finanzieren.

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tabea Herbst,
Tjark-Hagen Kandulski,
Katharina Rummenhölter

Die Wohnkostenpauschale muss sich endlich an der tatsächlichen Wohnsituation von Studierenden orientieren. Gleichzeitig reicht es nicht aus, allein beim BAföG anzusetzen. Die Wohnkosten für Studierende müssen insgesamt sinken, es braucht eine grundlegende Lösung für die studentische Wohnungsnot. Wohnen darf nicht darüber entscheiden, wer studieren kann und wer nicht“, fordert Katharina Rummenhüller, fzs-Vorstandsmitglied.

„Studierende geben im Durchschnitt mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Miete aus, die Wohnkostenbelastung ist damit mehr als doppelt so hoch wie die der Durchschnittsbevölkerung.

Zusätzlich zu grundlegenden Reformen, wie einem bundesweiten Mietendeckel, müssen Bund und Länder dafür sorgen, dass Studierende nicht auf einem privaten Wohnungsmarkt um die wenigen bezahlbaren Wohnungen konkurrieren. Dafür braucht es einen Ausbau von öffentlich gefördertem Wohnraum, deutlich mehr Wohnheimplätze und eine bessere Finanzierung der Studierendenwerke“, so Jonathan Dreusch, politischer Geschäftsführer des fzs.

Der fzs fordert deshalb umfassende Maßnahmen gegen die studentische Wohnungsnot:

- Realitätsnahe Ausrichtung der Wohnkostenpauschale im BAföG am örtlichen Mietniveau
- Umfassende Reformen im Mietrecht, insbesondere ein wirksamer bundesweiter Mietendeckel
- Ausbau von öffentlich gefördertem Wohnraum
- Ausbau des Programms „Junges Wohnen“
- Ausbau von Wohnheimplätzen und Studierendenwerke finanziell stärken

Rückfragen können gestellt werden an:

Katharina Rummenhüller, fzs-Vorstand:

+49 15116807671 oder katharina.rummenhoeller@fzs.de



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tabea Herbst,
Tjark-Hagen Kandulski,
Katharina Rummenhüller